

TAXATION

Besteuerung nach dem Aufwand

Expenditure-based taxation

Seit mehr als einem Jahrhundert kennt die Schweiz die auch als Pauschalbesteuerung bekannte Besteuerung nach dem Aufwand, die es ausländischen Personen ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz erlaubt, nicht nach ihrem Einkommen und Vermögen, sondern nach ihren Lebenshaltungskosten besteuert zu werden. Dieses System, das vom Schweizer Volk mehrheitlich befürwortet wird - mit einer Mehrheit von fast 60 Prozent wurde am 30. November 2014 eine Initiative zu dessen Abschaffung abgelehnt -, wurde am 28. September 2012 einer umfassenden Revision unterzogen. Daraus resultiert, dass diese Art der Besteuerung langfristig in der Schweizer Gesetzgebung verankert bleiben wird.

Die Bedingungen

Um von der Besteuerung nach dem Aufwand profitieren zu können, muss eine Person folgende Bedingungen erfüllen:

- 1) Nicht das Schweizer Bürgerrecht haben. Mit dieser Voraussetzung werden Schweizerinnen und Schweizer, ausländische Pauschalbesteuerte mit Schweizer Pass, Doppelbürger mit Schweizer Pass sowie im gleichen Haushalt lebende Paare mit mindestens einem Schweizer Pass vom Kreis der potenziellen Anwärter auf die Besteuerung nach dem Aufwand ausgeschlossen.
- 2) Erstmals oder nach mindestens zehnjähriger Unterbrechung unbeschränkt steuerpflichtig sein. Diese Bestimmung besteht aus zwei Voraussetzungen. Zum einen muss die Person unbeschränkt in der Schweiz steuerpflichtig sein. Das bedeutet in der Praxis, dass diese Person in der Schweiz wohnhaft sein und demzufolge auch über eine Aufenthaltsbewilligung verfügen muss. Zum anderen stellt der Gesetzgeber die Bedingung, dass die Person erstmals oder nach mindestens zehnjähriger Unterbrechung unbeschränkt in der Schweiz steuerpflichtig ist.
- 3) Keine Erwerbstätigkeit in der Schweiz.

For over a century, Switzerland has used a system of expenditure-based taxation - also known as lump-sum taxation - which allows foreign nationals not engaged in gainful activity in Switzerland to be taxed not on the basis of their income and wealth but on their expenditure.

This system - largely supported by the Swiss people who rejected an initiative aiming to abolish it by a majority of 60% on 30 November 2014 - underwent major reform on 28 September 2012. This resulted in this tax being enshrined in Swiss legislation on a long-term basis.

The conditions

To be eligible for expenditure-based taxation, the taxpayer is required to fulfil the following conditions:

- 1) They must not be a Swiss national. This requirement excludes as potential beneficiaries: Swiss citizens; foreign nationals having opted for lump-sum taxation who acquire Swiss nationality; a person having dual citizenship who is a Swiss citizen and also a citizen of another country; couples in a common household in which one partner is Swiss and the other is a foreign national.
- 2) They must have an unrestricted right to remain in Switzerland granted either for the first time or after an absence of ten years or longer. This rule brings with it a two-fold requirement. First of all, the taxpayer must have an unrestricted right to remain in Switzerland (which in practice means they must be resident there) and must, therefore, be in possession of a residence permit. Secondly, the legislation requires the taxpayer to have an unrestricted right to remain in Switzerland either for the first time, or following an absence of ten years or more.
- 3) The taxpayer must not conduct any gainful activity in Switzerland.



Berechnung der Steuer

Grundsätzlich werden sowohl die direkte Bundessteuer wie auch die kantonalen Steuern (inkl. Gemeindesteuern) auf der Basis des jährlichen Aufwandes der steuerpflichtigen Person berechnet. Zur Bestimmung der Mindestbeträge und der damit verbundenen Bemessungsgrundlage muss unterschieden werden zwischen den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) vom 14. Dezember 1990, welche nur die Einkommenssteuer betreffen, und denjenigen des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) vom 14. Dezember 1990, die sowohl die Einkommens- wie auch die Vermögenssteuer betreffen.

Gemäss dem DBG wird die Steuer, die an die Stelle der Einkommenssteuer tritt, nach den jährlich entstandenen Lebenshaltungskosten der steuerpflichtigen Person, mindestens aber nach dem höchsten der folgenden Beträge bemessen:

- a. CHF 400 000;
- b. für Steuerpflichtige mit eigenem Haushalt: dem Siebenfachen des jährlichen Mietzinses oder des Mietwerts; für die übrigen Steuerpflichtigen: dem Dreifachen des jährlichen Pensionspreises;
- c. den in die Kontrollrechnung einflussenden Einkünften.

Für die Berechnung der kantonalen Steuer wird die Steuer, die an die Stelle der Einkommenssteuer tritt, auf Basis der jährlich entstandenen Lebenshaltungskosten der steuerpflichtigen Person, mindestens aber nach dem höchsten der folgenden Beträge bemessen:

- a. einem vom Kanton festgelegten Betrag, im Fall der Westschweiz CHF 400 000.- in Bern, Genf und Neuenburg, zirka CHF 360 000.- in der Waadt, CHF 250 000.- in Freiburg und im Wallis, CHF 200 000.- im Jura (wir weisen darauf hin, dass diese Mindestbeträge für nicht aus Europa stammende ausländische Personen höher ausfallen können);
- b. für Steuerpflichtige mit eigenem Haushalt: dem Siebenfachen des jährlichen Mietzinses oder des Mietwerts; für die übrigen Steuerpflichtigen: dem Dreifachen des jährlichen Pensionspreises.

How the tax is calculated

As a guiding principle, both direct federal tax and cantonal tax (including communal tax) are calculated based on the taxpayer's annual expenditure. To determine a basic threshold, and, by extension, the total payable tax, a distinction should be made between the requirements set out by the Federal Act of 14 December 1990 on Direct Federal Taxation (DFTA), which relate only to income tax, and those set out by the Federal Act of 14 December 1990 on the Harmonisation of Direct Taxation at Cantonal and Communal Levels (DTHA), which relate to income tax as well as wealth tax.

According to DFTA, direct federal tax which replaces income tax should be calculated based on the taxpayer's total annual expenditure, which should not be less than the highest of the following amounts:

- a. CHF 400,000.
- b. For taxpayers who are the head of a household, seven times the annual rent paid or rental value of a property, and, for other taxpayers, three times the annual expenditure on accommodation and food.
- c. The revenue taken into consideration as part of the control calculation.

Cantonal tax which replaces income tax should be calculated based on the taxpayer's total annual expenditure, and should not be less than the highest of the following amounts:

- a. A sum determined by individual cantons, and which stands as follows in the French-speaking cantons: Bern, Geneva and Neuchâtel: CHF 400,000; Vaud: roughly CHF 360,000; Fribourg and Valais: CHF 250,000; Jura: CHF 200,000. Readers should note that higher amounts may be applicable to non-European nationals.
- b. For taxpayers who are the head of a household, seven times the annual rent paid or rental value of a property, and, for other taxpayers, three times the annual expenditure on accommodation and food.



Zu diesem berechneten Betrag muss der Betrag der kantonalen Steuer zur Deckung der Vermögenssteuer dazugerechnet werden. Beide Beträge zusammen entsprechen dem Betrag der kantonalen Besteuerung nach dem Aufwand. Es ist den Kantonen freigestellt, wie sie das Vermögen von pauschalbesteuerten Personen besteuern wollen. So haben sich die Kantone Waadt und Genf für eine Lösung entschieden, bei welcher der Betrag der Lebenshaltungskosten der besteuerten Person um 10 Prozent erhöht wird. Wenn also eine nach dem Aufwand besteuerte Person im Kanton Waadt oder Genf eine Wohnung für CHF 6000 im Monat mietet, dann wird sie nach einem Mindestaufwand von CHF 504 000 besteuert ($\text{CHF } 6000 \times 12 \times 7$). Für die Festlegung der kantonalen Vermögenssteuer wird dieser Betrag dann um 10 Prozent erhöht.

Nachdem die Steuer nach den oben erwähnten Prinzipien und nach dem ordentlichen Steuertarif berechnet wurde, muss der Betrag jedes Jahr mit der Summe der im Rahmen einer sogenannten «Kontrollrechnung» ermittelten Steuer auf bestimmten Elementen verglichen werden, geschuldet wird dann der höhere Betrag. Diese Elemente sind:

- das in der Schweiz gelegene unbewegliche Vermögen und dessen Einkünfte;
- die in der Schweiz gelegene Fahrnis und deren Einkünfte;
- das in der Schweiz angelegte bewegliche Kapitalvermögen, einschliesslich der grundpfändlich gesicherten Forderungen, und dessen Einkünfte;

- die in der Schweiz verwerteten Urheberrechte, Patente und ähnlichen Rechte und deren Einkünfte;
- die Ruhegehälter sowie die Renten und Pensionen, die aus schweizerischen Quellen fließen;
- die Einkünfte, für die die steuerpflichtige Person aufgrund eines von der Schweiz abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung gänzliche oder teilweise Entlastung von ausländischen Steuern beansprucht.

FAQ

Nachfolgend gehen wir auf einige Fragen ein, die uns regelmässig von unseren Klienten gestellt werden.

a. Was ist unter «keine Erwerbstätigkeit in der Schweiz» zu verstehen?

Theoretisch bedeutet das, dass eine nach dem Aufwand besteuerte Person in der Schweiz weder bei einem Schweizer noch bei einem ausländischen Unternehmen angestellt sein und auch nicht selbstständig erwerbstätig sein darf. Hingegen kann sie jeder unentgeltlichen Tätigkeit in der Schweiz und im Ausland nachgehen und im Ausland auf Angestelltenbasis oder selbstständig erwerbstätig sein. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass die kantonalen Steuerbehörden diese Bedingung immer restriktiver auslegen. In gewissen Kantonen darf die pauschalbesteuerte Person nur einer nichtoperativen Tätigkeit im Ausland nachgehen und darf gewisse Mandate, zum Beispiel als

Once this amount has been calculated, the amount of cantonal tax intended to cover wealth tax will need to be added. The two amounts together will constitute the amount of expenditure-based taxation due. Each canton is free to tax flat-rate taxpayers' assets as it wishes. For example, the cantons of Vaud and Geneva have opted for a solution which involves increasing the taxpayer's total expenditure by 10%. Thus, if somebody taxed based on expenditure rents an apartment in the cantons of Vaud or Geneva for a monthly sum of CHF 6,000, they will be taxed on minimum expenditure of CHF 504,000 ($\text{CHF } 6,000 \times 12 \times 7$), an amount which is increased by 10% as a basis for cantonal wealth tax.

Once the tax has been calculated, based on the principles outlined above and using the standard tax scale, this amount should be compared on a yearly basis with an amount determined as part of a calculation known as the "control calculation", based on the following elements and with the highest amount being due:

- Real estate assets situated in Switzerland and revenues thereof;
- Moveable objects situated in Switzerland and revenues thereof;
- Movable capital situated in Switzerland including debts secured by the pledge of a property and the revenues thereof;
- Copyrights, patents and similar rights being used in Switzerland and the revenues thereof;

Verwaltungsrat von Schweizer Aktiengesellschaften, in der Schweiz nicht übernehmen, selbst wenn diese unentgeltlicher Natur sind. Hingegen darf eine nach dem Aufwand besteuerte Person ihr Vermögen in der Schweiz oder im Ausland investieren. Wenn die Investition in der Schweiz getätigt wird, fließen deren Wert und die daraus resultierenden Einkünfte direkt in die oben beschriebene Kontrollrechnung ein.

b. Was ist im Rahmen der Kontrollrechnung unter «in der Schweiz angelegtem beweglichen Kapitalvermögen und daraus resultierenden Einkünften» zu verstehen?

Dieses Konzept hindert Pauschalbesteuerte in keiner Weise daran, ihr Vermögen bei einer Bank mit Sitz in der Schweiz anzulegen und von dieser verwalten zu lassen. Das Anknüpfungskriterium ist nicht die Währung, in welcher das Vermögen angelegt oder investiert wird, sondern einzig der Sitz der Gesellschaft, gegenüber welcher eine Forderung der nach dem Aufwand besteuerten Person besteht. Liegt dieser in der Schweiz, fließen der Betrag der Forderung und die daraus resultierenden Einkünfte in die Kontrollrechnung ein. In der Praxis betrifft das die folgenden Forderungen und Einkünfte:

- Obligationen von Schweizer Emittenten, unabhängig ihrer Währung, und deren Zinsen;
- Aktien von Schweizer Gesellschaften und deren Dividenden;
- Geldeinlagen, unabhängig ihrer Währung, bei einer Bank mit Sitz in der Schweiz (zum Beispiel EUR 500 000 auf einem Sparkonto).

Im Gegensatz dazu fließen nicht in die Kontrollrechnung ein:

- von einem ausländischen Emittenten ausgegebene Obligationen in Schweizer Franken;
- von einem ausländischen Anlagefonds gehaltene Schweizer Aktien und Obligationen;
- von einem ausländischen Währungsfonds gehaltene Schweizer Franken;
- von einem ausländischen Emittenten ausgegebene Obligationen in Schweizer Franken und deren Zinsen;
- Von einer Schweizer Bank getätigte Treuhandeleinlagen in Schweizer Franken oder einer Fremdwährung bei einer ausländischen Bank.

c. Welches sind die Folgen für eine nach dem Aufwand besteuerte Person, wenn sie sich in der Schweiz eine Zweitwohnung kauft oder in eine Immobilie auf Schweizer Boden investiert?

- e. Pensions, unearned income and annuities from Swiss sources;
- f. Revenues for which the taxpayer requires either temporary or full foreign tax relief under a double taxation treaty entered into by Switzerland.

Frequently asked questions

We look at questions frequently asked by our clients below:

a. What is meant by “lack of gainful activity” in Switzerland?

In theory, this means that taxpayers subject to expenditure-based taxation may not exercise any gainful activity on Swiss soil, whether as the employee of a Swiss or foreign company, or in a self-employed capacity. They may, however, carry out non-remunerated activity in Switzerland or abroad, as well as any kind of gainful activity outside of Switzerland, whether as an employee or self-employed. However, we wish to draw readers' attention to the fact that the cantonal tax authorities are becoming increasingly restrictive in their interpretation of this requirement. In particular, some cantons deem that flat-rate taxpayers can only perform a non-operational activity abroad and cannot hold various functions in Switzerland, even without payment, such as the director of a Swiss joint stock company. Flat-rate taxpayers are nevertheless entitled to invest their assets in Switzerland or abroad. If the investment takes place in Switzerland, its value, as well as the revenue generated from it, are taken into account in the above-mentioned control calculation.

b. What does “moveable capital situated in Switzerland and the revenues thereof” mean in the context of the control calculation?

This principle by no means prevents flat-rate taxpayers from having their wealth held and managed by a bank based in Switzerland. The connecting factor is not the currency in which the assets are held or invested but only the headquarters of the debtor company against which the person subject to expenditure-based taxation has a claim. If it is in Switzerland, the amount of the debt and its revenue are included in the control calculation. On a practical level, debts and revenue taken into account are the following:

- Bonds issued in any currency by an issuer based in Switzerland and associated interest.
- Shares in a Swiss company and associated dividends.
- Cash deposits in any currency in a bank with its headquarters in Switzerland (for example, EUR 500,000 in a savings account).

However, the following are not relevant for the purposes of the control calculation:

- Bonds issued in Swiss francs by a foreign issuer.
- Swiss shares and bonds held by a foreign investment fund.
- Swiss francs held by a foreign monetary fund.
- Bonds in Swiss francs issued by a foreign issuer and associated interest.
- Escrow payments in Swiss francs or a foreign currency sent by a Swiss bank to a foreign bank.

c. What are the consequences for flat-rate taxpayers if they purchase a secondary residence in Switzerland or if they invest in real estate on Swiss soil?

Generally, if taxpayers buy real estate in the canton where they are domiciled, its value and revenues are included in the control calculation. However, if the real estate is located in another canton, the control calculation will not be carried out but the owner will be taxed in the other canton based on the value and revenues of the real estate.

If flat-rate taxpayers buy a secondary residence, the tax authority generally takes it into account to determine their minimum level of expenditure. However, if it is an investment, and more specifically a real estate development, it is vital that the person taxed based on expenditure restricts their role to that of investor so that the tax authority does not deem them to be performing a gainful activity in Switzerland.

d. How important is it for flat-rate taxpayers to take advantage of the double taxation treaties concluded by Switzerland?

Taking advantage of the double taxation treaties concluded by Switzerland, especially those with the taxpayer's former country of domicile, presents two-fold ben-

Grundsätzlich fließen der Wert und die Einkünfte aus einer im gleichen Kanton wie der Wohnsitz gelegenen Immobilie in die Kontrollrechnung ein. Liegt die Immobilie dagegen in einem anderen Kanton, dann hat dies keinen Einfluss auf die Kontrollrechnung. Der Eigentümer wird jedoch in diesem anderen Kanton nach dem Wert und den Einkünften aus der Immobilie besteuert.

Wenn eine pauschalbesteuerte Person eine Zweitwohnung kauft, berücksichtigt die Steuerverwaltung das auch für die Festsetzung des Mindestwerts ihrer Aufwände. Handelt es sich hingegen um eine Investition und insbesondere um eine Objektförderung, dann ist es wichtig, dass die nach dem Aufwand besteuerte Person ihre Rolle dabei auf jene der Investorin beschränkt, damit dies von der Steuerverwaltung nicht als Erwerbstätigkeit in der Schweiz eingestuft wird.

d. Wie weit kann eine nach dem Aufwand besteuerte Person von den Doppelbesteuerungsabkommen der Schweiz profitieren?

Sie profitiert von den von der Schweiz abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen, vor allem von jenem mit ihrem früheren Wohnsitzstaat, in zweifacher Hinsicht. Zum einen kann sie dadurch die im anderen Staat erhobe-

nen Quellsteuer je nach Fall vollständig oder teilweise zurückfordern. Vor allem aber profitiert sie von den im Abkommen aufgeführten Kriterien zur Bestimmung des steuerbaren Wohnsitzes, die meistens vorteilhafter sind als jene des innerstaatlichen Rechts.

Zahlreiche Abkommen sehen keine spezielle Anforderung vor, damit eine nach dem Aufwand besteuerte Person in der Schweiz davon profitieren kann. Die Anwendung des Abkommens mit Frankreich ist insofern problematisch, da dieser Staat seit dem 1. Januar 2013 der Ansicht ist, dass Pauschalbesteuerte von diesem Abkommen ausgeschlossen sind, während die Schweiz die genau gegenteilige Meinung vertritt. Dieser juristischen Unsicherheit muss von den Regierungen der beiden Staaten dringend ein Ende gesetzt werden. Aus unserer Sicht ist die Position Frankreichs falsch und absolut untragbar. Ein besonderes Augenmerk sollte zudem auf die Abkommen der Schweiz mit Deutschland, Österreich, Belgien, Kanada, den USA, Italien und Norwegen gelegt werden. Will eine nach dem Aufwand besteuerte Person von diesen Abkommen profitieren, dann muss sie alle Einkünfte aus einem dieser Länder zum normalen Steuersatz in der Schweiz versteuern, wenn dies im entsprechenden Abkommen so vorgesehen ist. So werden zum Beispiel auf von einem belgischen Unterneh-

men überwiesene Dividenden in der Schweiz Steuern erhoben, auf Verwaltungsrats honorare jedoch nicht, da gemäss dem schweizerisch-belgischen Abkommen erstere in der Schweiz versteuert werden müssen, zweitere hingegen in Belgien. Es ist zu betonen, dass diese Einkünfte in die Kontrollrechnung einfließen und den gleichen Regeln unterliegen.

Fazit

Aus den gemachten Ausführungen können zwei Schlüsse gezogen werden:

Erstens wurde das System der Besteuerung nach dem Aufwand nach Jahren der Unsicherheit sowohl auf rechtlicher als auch auf politischer Ebene gestärkt. Dies mit der Revision vom 28. September 2012 und dank der Ablehnung der Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» durch eine grosse Mehrheit des Schweizer Volks am 30. November 2014.

Zweitens gilt es zu betonen, dass bei aller lobenswerten Einfachheit dieser Besteuerungsart trotzdem gewisse grundsätzliche Regeln zu respektieren sind, die einer zunehmend strikteren Kontrolle der kantonalen Steuerbehörden unterliegen. ■

efits. Firstly, the tax levied at source in the other country can be fully or partially reclaimed depending upon the circumstances. Secondly - and most importantly - it allows them to benefit from the criteria set out in the treaty enabling the taxpayer's place of domicile to be determined which are usually more favourable than those applied by national law.

Many treaties do not stipulate any particular requirement in order for persons subject to expenditure-based taxation in Switzerland to benefit from them. The application of the treaty concluded with France is problematic because, since 1 January 2013, France has deemed that flat-rate taxpayers can no longer benefit from it while Switzerland maintains the exact opposite position. It is vital that the governments of these two states

put an end to this legal uncertainty. In our view, the French position is completely unsustainable and erroneous. However, special attention must be paid to the treaties signed by Switzerland with Germany, Austria, Belgium, Canada, the USA, Italy and Norway. In accordance with these treaties, flat-rate taxpayers wishing to benefit from them must be taxed in Switzerland at the normal rate on all income from one of these states as the treaty in question stipulates that such income must be taxed in Switzerland. For example, the dividends paid by a Belgian company must be taxed in Switzerland in contrast to director's fees as the treaty between Belgium and Switzerland stipulates that the former are taxable in Switzerland while the latter are taxable in Belgium. It should be noted that this income is included in the control calculation and is subject to the same regulations.

Conclusion

Two conclusions can be drawn from the above. Firstly, after several years of instability, the expenditure-based tax system has been placed on a long-term footing both at a legal and political level by the reform of 28 September 2012 and by the Swiss people's decision to reject the "End tax breaks for millionaires (Abolition of lump-sum taxation)" initiative by a strong majority on 30 November 2014.

Secondly, even though this form of taxation has the great benefit of simplicity, it is nevertheless vital to adhere to certain provisions which are being controlled increasingly rigorously by the cantonal tax authorities. ■